

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Florian Swyter (FDP)

vom 20. September 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. September 2017)

zum Thema:

Sachstand zur Ansiedelung des Google Campus in Kreuzberg

und **Antwort** vom 13. Oktober 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Okt. 2017)

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen

Herrn Abgeordneten Florian Swyter (FDP)
über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18 / 12342
vom 20. September 2017
über Sachstand zur Ansiedelung des Google Campus in Kreuzberg

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie ist der aktuelle Sachstand zur Ansiedelung des Google Campus im ehemaligen Umspannwerk Ohlauer Str. in Kreuzberg?

Frage 3:

Welche Informationen hat der Senat über den aktuellen Verfahrensstand des Baugenehmigungsverfahrens?

Frage 4:

Wann wird das Baugenehmigungsverfahren voraussichtlich abgeschlossen sein?

Antwort zu 1, 3 und 4:

Die Baugenehmigung wurde mit Datum vom 15.08.2017 erteilt. Alles Weitere entzieht sich der Kenntnis des Senats.

Frage 2:

Welcher Zeitrahmen ist für die Ansiedelung vorgesehen? Ist dieser Zeitplan mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg abgestimmt?

Antwort zu 2:

Die Baugenehmigung verfällt nach drei Jahren, sofern nicht mit der baulichen Umsetzung der Maßnahme begonnen wird.

Frage 5:

Gibt es Hindernisse, die den Abschluss verzögern könnten?

Antwort zu 5:

Entfällt.

Frage 6:

Welche weiteren Schritte sind geplant?

Antwort zu 6:

Weitere geplante Schritte des Unternehmens entziehen sich der Kenntnis des Senats.

Frage 7:

Zeichnen sich Probleme ab (z.B. durch Vandalismus)?

Antwort zu 7:

Bisher ist dem Senat nur aus den Medien eine Farbattacke auf die Fassade bekannt.

Frage 8:

Wie werden diese Probleme von Seiten des Senats behoben, bzw. wird gegengesteuert?

Antwort zu 8:

Die Firma Google hat selbst in der Umgebung eine Kommunikationsoffensive gestartet.

Berlin, den 13.10.17

In Vertretung

Lüscher

.....
Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen